

Lehrer/innenbildung auf dem Abstellgleis?!

Lehrerausbildung: Die Lehramtsstudiengänge in Deutschland werden zur Zeit auf die gestufte Studienstruktur mit den Abschlüssen Bachelor und Master umgestellt. In Baden-Württemberg war lange unklar, was passieren soll. Jetzt ist beschlossen: An den Universitäten soll die Umstellung zum Wintersemester 08/09 begonnen werden, die Pädagogischen Hochschulen sind zur Untätigkeit verdammt.

<http://www.gew-bw.de/Lehrerbildung.html>

Rheinland-Pfalz hat die Umstellung beschlossen, in anderen Bundesländern gibt es die verschiedensten Modellversuche. Seit Jahren wird in der Bundesrepublik über eine Veränderung der Struktur der Lehramtsstudiengänge diskutiert. Bisher war die Lehrer/innenbildung durchgängig als zweiphasige Struktur mit 1. und 2. Staatsexamen konzipiert.

Im Rahmen des Bologna-Prozesses werden fast alle Studiengänge und auch die der Lehrer/innenbildung in gestufte Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor und Master umgewandelt. Bei der Umstellung der Lehramtsstudiengänge hinkt Baden-Württemberg den anderen Bundesländern hinterher. Erst im Sommer 2006 hat eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Wissenschaftsministeriums, des Kultusministeriums und der Universitäten damit begonnen, ein Konzept zu erarbeiten, wie die bisherigen Staatsexamensstudiengänge für die Lehrämter an Gymnasien auf die Bachelor/Master-Struktur umgestellt werden sollen. Die Umstellung soll bis zum Wintersemester 2008/09 begonnen werden.

Die neuen Studiengänge (2 Fächer, 1 Praxissemester) sind auf 10 Semester (Bachelor 7 Semester; Master 3 Semester) angelegt. Von den 300 ECTS-Punkten („European Credit Transfer System“) entfallen 198 auf Fachwissenschaft, 24 auf Fachdidaktik, 18 auf Pädagogik, 12 auf EPG (Erziehungswissenschaftlich-philosophisches Grundlagenstudium). Als Zugangsvoraussetzung zum 18-monatigen Vorbereitungsdienst muss zusätzlich zum Abschluss „Master of Education“ in jedem Fach eine mündliche Prüfung abgelegt werden. Der Vorbereitungsdienst wird mit einem Staatsexamen abgeschlossen.

Initiative der Landesrektorenkonferenz der PHn

Die Situation an den Pädagogischen Hochschulen ist dagegen zur Zeit völlig unbefriedigend. Es gibt keine verlässlichen Aussagen der Landesregierung, ob, wann und in welcher Form die dortigen Lehramtsstudiengänge für Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen auf eine gestufte Studienstruktur umgestellt werden. Die Landesrektorenkonferenz der Pädagogischen Hochschulen (LRK) hat im Herbst 2006 ein Positionspapier „Gestufte Lehramtsausbildung an Pädagogischen Hochschulen“ vorgelegt. Dort bekennt sich die LRK eindeutig zu einer Umstellung auf eine gestufte Studienstruktur. Am Ende des vorgeschlagenen Bachelorstudiums machen die Studierenden den Abschluss als „Bildungswirt“ (Arbeitstitel). Dieser ist zum einen die Voraussetzung für das Praxissemester und die Aufnahme des Masterstudiums. Zum anderen qualifiziert der Abschluss für unterstützende Tätigkeiten im Schulbereich (z.B. Angebote an Ganztageschulen) oder für Tätigkeiten im außerschulischen Bereich (z.B. Nachhilfe). Die LRK fordert in Anlehnung an die Vorgaben der Hochschulrektorenkonferenz für alle Lehramtsstudiengänge einen vollwertigen Masterabschluss (300 ECTS; 10 Semester) und distanziiert sich von Überlegungen, einen „Master light“ oder gar nur einen Bachelorabschluss für bestimmte Schularten vorzusehen. Sollte Baden-Württemberg beispielsweise für das Grundschullehramt nur einen Bachelor vorsehen, wie dies im MWK immer wieder anklingt, wären die baden-württembergischen Grundschullehrer/innen bundesweit Schlusslicht hinsichtlich ihrer Qualifizierung. Und diese Ab-

schlüsse würden in den anderen Bundesländern nicht anerkannt werden. Ein Master ist also schon deshalb unabdingbar. Wenn man dafür die Ausbildungszeiten nicht verlängern will, könnten durch Kooperation mit den Staatlichen Seminaren Anteile des bisherigen Vorbereitungsdienstes in die Masterphase integriert werden.

Zur Zeit beträgt die Regelstudienzeit für das Grund- und Hauptschul-Studium 6 Semester, für das Realschul-Studium 7 Semester und für das Sonderschul-Studium 8 Semester. Daran schließt sich ein jeweils 18-monatiger Vorbereitungsdienst an. Allerdings sind in diesen Regelstudienzeiten sowohl die Prüfungszeiten als auch die Praktika nicht berücksichtigt.

GEW-Position zur Umstellung auf BA/MA

Die GEW Baden-Württemberg sieht in der Umstellung der Lehramtsstudiengänge auf eine gestufte Studienstruktur eine Chance, seit Jahrzehnten bekannte Defizite der Lehrer/innenbildung zu beseitigen. Eine Umstellung ist nur sinnvoll, wenn die Probleme damit beseitigt werden, von denen folgende Bereiche besonders gravierend sind:

- Mangelhafte Anteile von Erziehungswissenschaft, Fachdidaktik und schulpraktischen Studien in Studium Lehramt Gymnasien
- Zu kurze Regelstudienzeit für die Lehrämter Grund- und Hauptschule sowie Realschule
- Ausbildung nach Schularten, nicht nach Altersphasen der Schüler/innen
- Institutionelle Brüche zwischen Universitäten, PHn und Seminaren
- Insgesamt ungelöste Theorie-Praxis-Verbindung innerhalb der 1. Phase und der Verknüpfung von 1. und 2. Phase

■ Keine Ausgestaltung der Berufseingangsphase

Die geplante Veränderung der gymnasialen Lehrer/innenbildung greift zu kurz. Eine Reform der Lehrer/innenbildung muss für alle Schularten konzipiert werden.

Die GEW fordert im Rahmen der gestuften Studienstruktur für alle Lehrer/innen einen vollwertigen Masterabschluss mit 300 ECTS-Punkten. Die damit teilweise verbundene Studienzeitverlängerung ist seit Jahrzehnten überfällig. Die Tätigkeiten aller Lehrer/innen sind gleichermaßen anspruchsvoll, auch

wenn sich die Anforderungen unterscheiden. Allenfalls eine Differenzierung der Anteile der Studienbereiche Fachwissenschaft, Fachdidaktik, Erziehungswissenschaft in den Studiengängen ist sinnvoll. Das Bachelorstudium sollte möglichst unabhängig von der später zu wählenden Schulform sein, eine Spezialisierung findet erst im Master statt. Die Ausbildung und die Abschlüsse strukturieren sich nach den Schulstufen (Master für Primarstufe; Master für Sekundarstufe 1, Master für Sekundarstufe 2; Master für Sonderschulen). Sie sind gleich-

wertig. In allen Studiengängen müssen praktische Erfahrungen integriert sein. An alle Lehramtsstudiengänge schließt sich ein Vorbereitungsdienst und eine der Qualifikation dienende und von den Seminaren betreute Berufseinstiegsphase an.

Auch die Ausbildung der Erzieher/innen muss bei einer Reform der Lehrer/innenbildung berücksichtigt werden. Sie sollte einem Bachelorstudium entsprechen.

Michael Hirn

Siehe auch Text zur Lehrerbildung „Schulentwicklung lernen“, Seite 38.

Die Unklarheit für Pädagogische Hochschulen führt ins Abseits

Man hört sie landauf und landab, die schönen Sonntagsreden. Von der Bedeutung der Bildung, der Stärkung des frühkindlichen Bereichs, der Notwendigkeit, Lehrer/innen gut auszubilden um sie in den Stand zu versetzen, die Bildungsarbeit an den Schulen qualifiziert zu leisten. Schöne Worte. Leider folgen oft keine Taten.

Das Wort vom Skandal nutzt sich ab. Aber angesichts der Hängepartie, in der sich die Pädagogischen Hochschulen im Lande derzeit befinden, gibt es kein passenderes Wort. Sie sind schon jetzt die letzten ihrer Art in der Bundesrepublik und haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen: Kurzstudiengänge, Überfüllung, Abhängigkeit von der Lehrereinstellung, fehlende finanzielle Mittel, mangelhafte Arbeitsbedingungen...

Deshalb muss man die Initiative der Landesrektorenkonferenz, die Lehramtsstudiengänge auf die gestufte Studienstruktur umzustellen, begrüßen. Ein Festhalten an der bisherigen Staatsexamenstruktur würde den heute schon unzulässig isolierten Zustand der Lehrer/innenbildung für Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Sonderschulen in Baden-Württemberg und der ganzen Bundesrepublik verschärfen. Eine Staffelung der Ausbildungszeiten nach den derzeitigen Schularten (die jüngsten Schüler/innen wer-

den von den am schlechtesten ausgebildeten Lehrer/innen unterrichtet) stellt eine Benachteiligung der Schüler/innen dar, die Grund- und Hauptschulen und Realschulen besuchen.

Am politischen Willen der Landesregierung, die Lehrer/innenbildung grundlegend zu reformieren, muss gezweifelt werden. Die Landesregierung möchte offensichtlich über die Struktur der Lehrer/innenbildung das gegliederte Schulwesen stabilisieren.

Und sie führt dabei ein klägliches Schauspiel auf. Der Wissenschaftsminister Peter Frankenberg hat offensichtlich keinerlei Interesse an den Pädagogischen Hochschulen und den jungen Lehrer/innen, die dort studieren. Diese Hochschulen können eben weder umfangreich Drittmittel einwerben, sie betreiben nicht die derzeit angesagten "Life Sciences" und bei der Exzellenz-Initiative hatten sie auch keine Chance. Für den Wissenschaftsminister sind dort keine Meriten zu erwerben. Er lässt auch gerne durchklingen, dass er Ingenieure für gesellschaftlich bedeutsamer hält als Grundschullehrer/innen. Aber auch der Kultusminister Helmut Rau springt für die Lehrer/innenbildung bisher nicht in die Bresche. Der Umstellungsprozess an den Universitäten trägt nicht seine Handschrift und die dortigen Zustände sichern keineswegs die qualitativ hochwertige

Ausbildung, die Lehrer/innen an Gymnasien und beruflichen Schulen brauchen. Auch der Marginalisierung der Pädagogischen Hochschulen setzt er nichts entgegen. Er lässt damit einen Prozess laufen, der ein Studium für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bzw. Realschulen zunehmend unattraktiv macht. Und auch Ministerpräsident Günther Oettinger, der sich sonst gerne zu (fast) allem äußert, hält sich bei dieser Zukunftsfrage auffällig zurück.

Ein erster Schritt wäre einfach: Analog zu den Beschlüssen für die Universitäten muss die Landesregierung eine Arbeitsgruppe einrichten, die die Umstellung der Studiengänge an den Pädagogischen Hochschulen vorbereitet. Damit wären nicht alle Probleme der Lehrer/innenbildung zu lösen - ein erster Schritt wäre es allemal.

Baden-Württemberg leistet sich mit den Pädagogischen Hochschulen eine Lehrer/innenbildung, die bundesweit isoliert ist. Ein Sonderweg, der zunehmend in die Irre führt. Wenn jetzt die Pädagogischen Hochschulen als einzige Hochschulen der Republik die Umstellung auf Bachelor/Master nicht mitmachen, landen sie endgültig auf dem Abstellgleis. Aber das kann sich unser Land nicht leisten.

Michael Hirn